



Bundesverband Freier  
Immobilien- und Wohnungs-  
unternehmen

Französische Straße 55  
10117 Berlin  
Tel.: 030 32781-110  
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:  
Jens Christian Kage  
Pressesprecher

[Jens.C.Kage@bfw-bund.de](mailto:Jens.C.Kage@bfw-bund.de)  
[www.bfw-bund.de](http://www.bfw-bund.de)  
[www.bfw-newsroom.de](http://www.bfw-newsroom.de)

Twitter: @BFWBund

## **BFW-PRESSEMITTEILUNG**

### **Zusätzliche Kosten vermeiden, Standards halten - weitere Kosten senken**

**Berlin, 02.08.2023. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen begrüßt die Pläne der Bundesbauministerin Klara Geywitz zur Erweiterung der steuerlichen Abschreibung für Neubauten. Laut Medienberichten plant Bundesbauministerin Klara Geywitz, die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für Neubauten ab 2024 befristet bis Ende 2030 zu erweitern. Die Baukosten sollen dann in den ersten vier Jahren in Höhe von 7 Prozent abschreibbar sein, zurzeit sind es drei Prozent.**

„Alles, was das Bauen in Deutschland günstiger macht, ist richtig und wird dringend benötigt. Wir begrüßen die Pläne von Bundesbauministerin Geywitz ausdrücklich. Die Abschreibungsmöglichkeiten für Neubauten können aber nur ein kleiner Teil der Lösung sein. Die Lage beim Wohnungsbau ist derart schlecht, dass es schon deutlich mehr sein müsste, um den Abwärtstrend zu stoppen“, erklärte BFW-Präsident Dirk Salewski in Berlin.

„Die Herausforderung besteht doch darin, dass wir einerseits hunderttausende Wohnungen dringend benötigen, die bezahlbar sind und andererseits Bauen und Wohnen noch nie so teuer waren. Deswegen müssen wir grundsätzlich die Kosten senken, indem wir Bau-Standards nicht immer weiter erhöhen. Mit Vernunft und Augenmaß meistern wir die zwei größten Herausforderungen: bezahlbarem Wohnraum zu schaffen und unsere Verantwortung beim Klimaschutz zu erfüllen“, so der BFW-Präsident.

---

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.